



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Gesine Löttsch
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Michaelis
Staatssekretär

Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Postanschrift:
11013 Berlin

www.auswaertiges-amt.de

Schriftliche Fragen für den Monat Februar 2023
Frage Nr. 02-453

Berlin, 7. März 2023

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Welche Kritikpunkte hat die Bundesregierung an dem chinesischen 12-Punkte –Friedensplan für die Ukraine, und wann wird die Bundesregierung ggf. einen eigenen Vorschlag für einen Friedensplan für die Ukraine vorlegen?

beantworte ich wie folgt:

China hat am 24. Februar 2023 ein Papier mit dem Titel „*China’s Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis*“ vorgelegt. Die Bundesregierung begrüßt das so geäußerte Bestreben Chinas, einen Beitrag zur Herbeiführung des Friedens im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu leisten. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass China in dem Papier die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten betont sowie klarstellt, dass es zu keiner nuklearen Eskalation kommen darf.



Seite 2 von 2

Zusätzlich bedarf es jedoch einer klaren Differenzierung zwischen Aggressor und Angegriffenem und einer Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine bzw. des Versuchs der Verschiebung von Grenzen unter Gewaltanwendung. Russland trifft außerdem eine Rechenschaftspflicht, insbesondere für im Zuge des Angriffskriegs gegen die Ukraine begangene Kriegsverbrechen. Der Vorschlag eines Waffenstillstands ohne gleichzeitige Forderung des Rückzugs aller russischen Truppen aus der Ukraine greift für einen nachhaltigen Frieden aus Sicht der Bundesregierung zu kurz.

Seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 setzt sich die Bundesregierung intensiv für dessen Beendigung sowie für die Dokumentierung und Verfolgung von Kriegsverbrechen ein. Hierzu steht die Bundesregierung kontinuierlich im engen Austausch mit einer Vielzahl von Staaten – sowohl bilateral als auch im Rahmen internationaler Organisationen und multilateraler Foren, vor allem in den Vereinten Nationen, der NATO, der EU, den G7 und den G20. Die Bundesregierung unterstreicht dabei stets die souveräne Entscheidung der Regierung der Ukraine über Zeitpunkt und Inhalt möglicher Verhandlungen mit der Russischen Föderation.

Mit freundlichen Grüßen